



Bundesamt für
Verfassungsschutz

Fortschreibung Nr. 2

A n a l y s e

Radikalisierung im gewaltorientierten Linksextremismus

Stand: 21. April 2021

Inhaltsverzeichnis

1.	Kernaussagen	2
2.	Einleitung	3
3.	Entwicklung der linksextremistischen Taten	5
3.1.	Personalisierung der Gewalt	6
3.2.	Legitimation der Gewalt	8
4.	Entwicklung der linksextremistischen Szene	11
4.1.	Öffnung der Szene	11
4.2.	Spaltung der Szene	12
4.3.	Vernetzung der Szene	14
5.	Weitere Entwicklung des gewaltorientierten Linksextremismus .	16
6.	Fazit und Ausblick	17

1. Kernaussagen

- Bundesweit ist weiterhin ein hohes Radikalisierungsniveau in Teilen der gewaltorientierten linksextremistischen Szene erkennbar. Die Entwicklung verläuft dabei in den einzelnen Bundesländern nicht einheitlich.
- Weiterhin hoch ist das Radikalisierungsniveau in den Schwerpunktregionen Leipzig, Berlin und Hamburg. Auch in Bayern, Baden-Württemberg, Bremen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Niedersachsen liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass sich ein kleiner Teil der gewaltorientierten linksextremistischen Szene zunehmend radikalisiert.
- **Veränderung der Taten:** Linksextremistische Taten werden gewalttätiger, persönlicher und professioneller. Der Schritt zur Tötung eines politischen Gegners – beabsichtigt oder lediglich als in Kauf genommene Nebenfolge – ist nicht mehr völlig undenkbar.
- **Veränderung der Szene:** In mehreren Bundesländern gibt es weiterhin Hinweise darauf, dass sich klandestine Kleingruppen innerhalb der gewaltorientierten linksextremistischen Szene herausbilden, eigene Tatserien begehen und sich aufgrund steigender Gewaltbereitschaft bei ihren Taten vom Rest der Szene abspalten.
- Die Corona-Pandemie hat weiterhin keine nachhaltig bremsende Auswirkung auf die Entwicklung der gewaltorientierten linksextremistischen Szene. Im schlimmsten Fall erscheint auch die Herausbildung terroristischer Strukturen im Linksextremismus weiterhin möglich.
- Um die gewaltorientierte linksextremistische Szene aktiv aufzuklären und der aktuellen Entwicklung entgegenzuwirken, müssen die Verfassungsschutzbehörden konsequent arbeitsteilig vorgehen und prioritär die operative Arbeit intensivieren.

2. Einleitung

Für den Zeitraum vom **1. September 2020 bis 28. Februar 2021** haben sich die Aussagen und Bewertungen der ersten Fortschreibung der Analyse „Radikalisierung im gewaltorientierten Linksextremismus“ (Stand: 21. Oktober 2020) weitestgehend bestätigt. Radikalisierungstendenzen in der linksextremistischen Szene sind bundesweit erkennbar, wenn auch in den einzelnen Bundesländern uneinheitlich ausgeprägt.

Das Radikalisierungsniveau der gewaltorientierten linksextremistischen Szene ist in den Schwerpunktregionen Leipzig, Berlin und Hamburg weiterhin hoch. Auch in Bayern, Baden-Württemberg, Bremen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Niedersachsen liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass sich ein Teil der gewaltorientierten linksextremistischen Szene zunehmend radikalisiert. Sachsen nimmt dabei mit der gewaltorientierten linksextremistischen Szene in Leipzig weiterhin eine besondere Rolle ein.

Zahlreiche Gewaltvorfälle im Berichtszeitraum belegen diesen Befund. Um die Radikalisierungstendenzen erkennen und Aussagen über Kontinuitäten oder Veränderungen treffen zu können, werden in der zweiten Fortschreibung die gleichen qualitativen Radikalisierungsfaktoren wie bisher angewandt. Betrachtet werden die Entwicklung der Taten und die damit einhergehende Frage der Personalisierung und Legitimation von Gewalt einerseits, sowie die Entwicklung der Szene selbst, ihre Öffnung zu anderen Spektren, ihre nationale und internationale Vernetzung und die mögliche Abschottung sich radikalisierender Kleingruppen andererseits.

Das Jahr 2020 war auch für die linksextremistische Szene kein gewöhnliches Jahr. Seit Ende März war es von der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Einschränkungen zur Eindämmung der Infektionen geprägt. Dies stellte auch die linksextremistische Szene vor neue Herausforderungen. Es kam zur Absage fast aller geplanten Veranstaltungen, Reisebewegungen wurden eingeschränkt.

Linksextremisten haben zahlreiche Grundsatzbeiträge zum strategischen Umgang mit der Corona-Pandemie veröffentlicht: Dem Staat wird vorgeworfen, sich nicht am Gemeinwohl, sondern ausschließlich an den Profitinteressen der „Kapitalisten“ zu orientieren. Die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus werden als „staatliche Repression“ abqualifiziert und die Befürchtung geäußert, dass selbige auch nach dem Ende der Krise nicht mehr zurückgenommen, sondern zur Überwachung und Unterdrückung der Bevölkerung beibehalten werden. Außerdem werden eine weltweite gerechte Verteilung von Impfstoff und eine Aufhebung der Impfstoff-Patente gefordert.

Bislang liegen keine Anhaltspunkte für nachhaltige Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Aktionsfähigkeit oder die bestehenden Radikalisierungstendenzen der linksextremistischen Szene vor – weder Agitationsformen, Handlungsfelder oder Angriffsziele wurden wesentlich verändert. Insbesondere Angriffe auf ausgemachte „Faschisten“ und der Kampf gegen den „Kapitalismus“ als „Wurzel allen Übels“ fanden in dieser Zeit genauso statt wie schon vor Ausbruch der Pandemie. Mit dem Corona-Virus und den daraus resultierenden Ereignissen und staatlichen Maßnahmen trat lediglich ein weiterer Begründungszusammenhang hinzu, mit dem zum Beispiel Straftaten gerechtfertigt oder Forderungen untermauert werden sollten.

Ein Beispiel dafür ist ein Brandanschlag in der Silvesternacht 2020/2021 in Leipzig, der sich in eine seit Jahren laufende Anschlagsserie zum Jahreswechsel einreicht und bei dem elf Fahrzeuge der Bundeswehr zerstört wurden. Im Bekenner schreiben wurde die Bundeswehr im Zusammenhang mit ihrem Einsatz zur Bekämpfung der Corona-Pandemie als „Element im repressiven Instrumentenkasten des Staates“ bezeichnet. Wie dargelegt wird die Corona-Pandemie so argumentativ zur Einbindung in traditionelle linksextremistische Aktionsfelder genutzt.

Mit der „Liebknecht-Luxemburg-Demonstration“ am 10. Januar in Berlin setzten sich auch die demonstrativen Aktivitäten der Szene während der Corona-Pandemie weiter fort.

Trotz Einschränkungen und Auflagen war die Veranstaltung mit 1.100 Teilnehmern zahlreich besucht. Wegen des Verdachts von Verstößen gegen das Verbot der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wurden freiheitsbeschränkende Maßnahmen gegen mehrere Personen durchgeführt. Dies führte zu Ausschreitungen und Angriffen auf Polizisten mit Fahnenstangen, Faustschlägen sowie zu Stein- und Flaschenwürfen.

In Bezug auf die bundesweiten Corona-Demonstrationen herrscht in der linksextremistischen Szene übereinstimmend die kritische Haltung, dass die Demonstrationen und ihre Teilnehmer zumindest von „Faschisten“ beeinflusst werden. Entsprechend kam es zu Gegendemonstrationen, zu Auseinandersetzungen am Rande der Versammlungen sowie zu gezielten Angriffen auf Demonstrationsteilnehmer.

3. Entwicklung der linksextremistischen Taten

Auf der qualitativen Ebene der Taten hat sich die Entwicklung des Vorjahres fortgesetzt. Es findet ein Wechsel der Aktionsformen von der Massenmilitanz hin zu klandestinen Kleingruppenaktionen statt. Die Zielauswahl linksextremistischer Angriffe verschiebt sich immer häufiger von einer institutionellen Ebene auf eine persönliche Ebene. Schwere Körperverletzungen der Opfer bis hin zum möglichen Tod werden billigend in Kauf genommen. Die bundesweiten PMK-Zahlen von Januar bis Dezember 2020 zeigen im Vergleich zum Vorjahr eine **deutliche Zunahme der linksextremistischen Gewalttaten von 34,3 Prozent** (von 921 auf 1.237) und eine leichte Zunahme der linksextremistischen Straftaten insgesamt um 2,8 Prozent (von 6.449 auf 6.632). Gleichzeitig stieg das Personenpotenzial im gewaltorientierten Linksextremismus nur gering (von 9.200 auf 9.600 Personen nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften). Dies verdeutlicht, dass die **Gewaltbereitschaft** innerhalb der gewaltorientierten linksextremistischen Szene **steigt**.

3.1. Personalisierung der Gewalt

Gewaltorientierte Linksextremisten suchen Tatorte und Opfer gezielt aus und greifen sie mit hoher Gewaltintensität an. Für die Monate Januar bis Dezember 2020 liegen laut PMK-Zahlen des BKA **in fünf Fällen versuchte Tötungsdelikte** vor, die größtenteils bereits in der ersten Fortschreibung behandelt wurden. Im Vorjahr gab es nur zwei versuchte Tötungsdelikte.

Im Zeitraum der zweiten Fortschreibung kam es unverändert zu einer Reihe schwerer Körperverletzungsdelikte. So griffen Linksextremisten am 21. November 2020 eine Veranstaltung der Querdenken-Bewegung an.

Gefährliche Körperverletzung am Rande einer Querdenken-Demonstration in Leipzig (SN)

Bei Protesten gegen sogenannte Corona-Leugner am 21. November 2020 in Leipzig wurden Veranstaltungsteilnehmer der Querdenken-Versammlung durch eine Tätergruppierung attackiert. Zwei Opfer gingen zu Boden und wurden mit Schlägen und Tritten traktiert. Nur durch den Warnschuss eines Polizisten ließ ein Tatverdächtiger von Tritten gegen den Kopf eines Opfers ab.

Bekannte Rechtsextremisten oder vermeintliche Mitglieder der rechtsextremistischen Szene waren, wie bereits in den Zeiträumen zuvor, ebenfalls Ziele linksextremistischer Gewalt. Dabei gingen die Täter meist im direkten persönlichen Wohnumfeld der Geschädigten gegen diese vor und setzten zum Teil massive körperliche Gewalt ein.

Gefährliche Körperverletzung gegen den Bundesvorsitzenden der NPD-Jugendorganisation (SN)

Am frühen Morgen des 11. März 2021 wurde ein bekannter Rechtsextremist und Bundesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationalisten“, von mehreren unbekannt Tätern in seiner Wohnung in der Nähe von Leipzig überfallen. Die Täter sollen sich als Polizeibeamte ausgegeben haben, um sich so Zutritt zur Wohnung zu verschaffen. Sie verletzten den Geschädigten u. a. durch gezielte Schläge mit einem Hammer auf beide Sprunggelenke schwer. In Folge des Überfalls musste der Geschädigte stationär im Krankenhaus behandelt werden.

Gefährliche Körperverletzung gegen weiteren bekannten Rechtsextremisten (SN)

Am 29. November 2020 griffen mehrere verummte Täter einen bereits mehrfach geouteten Rechtsextremisten vor seiner Haustür in Chemnitz mit Schlägen und Tritten an. Sie schlugen ihm mit einem Gegenstand auf den Kopf und sprühten ihm Pfefferspray ins Gesicht.

Nicht nur die hohe Gewaltintensität bleibt ein Indiz für die qualitative Veränderung der Taten. So sprechen auch Outing-Aktionen, die ein ausgewähltes Opfer gezielt schädigen sollen, für ein weiterhin hohes Radikalisierungsniveau.

Gefährliche Körperverletzung im Zusammenhang mit einer „Outing-Aktion“ am Rande der „Querdenken“-Gegenproteste in Konstanz (BW)

Eine Gruppe verummter Personen versammelte sich am 4. Oktober 2020 vor dem Elternhaus eines Mitglieds der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“ (IBD). Die Personen führten dort eine „Outing-Aktion“ durch. Als der Stiefvater des IBD-Mitglieds, gegen das die Outing-Aktion gerichtet war, die Gruppe verfolgte, wurde dieser von Einzelpersonen aus der Gruppe heraus mit Fäusten angegriffen und erlitt verschiedene Verletzungen.

Auch Vertreter staatlicher Institutionen wie Polizeibeamte wurden Opfer von Übergriffen der gewaltorientierten linksextremistischen Szene. So kam es im Zusammenhang mit den Protesten im Dannenröder Wald beispielsweise zu zahlreichen Straftaten, darunter schweren Gewaltdelikten.

Vorwurf der versuchten Tötung: Herabstürzen lassen von Baumstämmen im Dannenröder Wald (HE)

Während polizeilicher Einsatzmaßnahmen am 23. November 2020 schnitt eine Person der Waldbesetzerszene ein Seil durch, welches eine aufgestellte Holzkonstruktion sicherte. Hierdurch stürzte das Konstrukt zu Boden und fiel auf eine Baumaschine. Polizeibeamte, welche sich unmittelbar unter dem sogenannten Twopod befanden, konnten nur durch schnelles Beiseitespringen verhindern, von den herabstürzenden Baumstämmen getroffen zu werden. Das Führerhaus des Baggers war mit einer Schutzvorrichtung ausgestattet, weshalb der Baggerführer ebenfalls nicht verletzt wurde. Der Vorfall ist derzeit als versuchte Tötung deklariert und wird dem linksextremistischen Teil der Waldbesetzerszene zugeordnet.

Auch Einzelpersonen werden im Zusammenhang mit für Linksextremisten relevanten Themen genötigt oder bedroht, um Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen. Im folgenden Beispiel bezieht sich dies auf den für die Rigaer Straße 94 zuständigen Baustadtrat und die aktuell in der Diskussion stehende Begehung zur Gewährleistung des Brandschutzes in dem Szeneobjekt.

„Besuch“ des Baustadtrates von Friedrichshain-Kreuzberg im Zusammenhang mit dem Szeneobjekt Rigaer 94 in Berlin

Im Zusammenhang mit Brandschutzmaßnahmen in der Rigaer Straße 94 versuchten Szeneangehörige im Januar 2021 den zuständigen Baustadtrat unangekündigt in seinem Büro im Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg aufzusuchen. Als dieser nicht angetroffen wurde, brach man die Aktion ab.

3.2. Legitimation der Gewalt

Gewaltorientierte Linksextremisten nutzen personalisierte Gewalt zur Einschüchterung von politischen Gegnern und Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Sie überschreiten mit zunehmender Häufigkeit „rote Linien“, die sich aus den Grenzen der Vermittelbarkeit von Gewalt ergeben, ohne dass sich daraus eine Szene-Diskussion über die Gewaltfrage entzündet.

Beispielhaft steht dafür die Gruppe um die am 5. November 2020 auf Bestreben der Bundesanwaltschaft in Leipzig verhaftete Lina E.. Sie wird mit weiteren Linksextremisten der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung nach §129 StGB verdächtigt. Die konspirativ agierende Gruppe wird mit zahlreichen Angriffen gegen vermeintliche „Faschisten“ in Verbindung gebracht, die erhebliche Körperverletzungen und Sachbeschädigungen zur Folge hatten.

Der Gruppe wird der Angriff auf eine rechtsextremistische Szenekneipe im thüringischen Eisenach im September 2019 zugeschrieben, bei dem die anwesenden Personen mit Schlagwerkzeug und Reizgas traktiert wurden. Gleiches gilt für den kurz darauf verübten Angriff auf den als Rechtsextremisten bekannten Pächter der Kneipe im Dezember 2019.

Utensilien, die bei den Durchsuchungen im Rahmen der Verhaftungen gefunden wurden, deuten auf die konspirative Tätigkeit der Gruppe und eine intensive Vorbereitung der Taten hin. Die Polizeibeamten fanden sowohl Verfremdungsgegenstände wie Perücken als auch einen gestohlenen Personalausweis einer E. auffallend ähnlich sehenden Person.

Die Gruppe um E. sowie die linksextremistische Szene insgesamt gehen bei der Konfrontation mit als Rechtsextremisten identifizierten Personen von einer grundsätzlichen Rechtmäßigkeit ihres Handelns aus. Darüber hinaus sah sich die Gruppe um E. allerdings – im Gegensatz zum üblichen szenetypischen Agieren – nicht zu einer Rechtfertigung ihrer zum Teil mit massivster körperlicher Gewalt begangenen Angriffe veranlasst. So wurden in diesem Kontext keine Selbstbeziehungsschreiben veröffentlicht. Dieses ausgeprägte Selbstverständnis im gewaltsamen Umgang mit dem politischen Gegner belegen auch die Reaktionen vor allem der Leipziger Szene im Anschluss an die Verhaftung, wie aus einem Aufruf zu einer „Solidaritätsdemo“ deutlich wird: „Während immer mehr Nazis in den Reihen des bürgerlichen Staates aufgedeckt werden, gehen eben jene Strukturen verstärkt gegen AntifaschistInnen vor. Unabhängig davon, ob die Vorwürfe der Klassenjustiz stimmen oder nicht: Physische Gewalt gegen Nazis ist notwendiger Teil antifaschistischer Politik.“¹

Am 25. Januar 2021 wurde zudem ein Brandanschlag auf das durch den Mitangeklagten im Prozess um die Ermordung Dr. Lübckes genutzte Fahrzeug verübt, bei dem das gelegte Feuer den gesamten Frontbereich des Kleinwagens zerstörte. Diese Tat ist ein weiteres Beispiel für die in der Szene vorherrschende Legitimität antifaschistischer Gewalt, denn in einem Bekennerschreiben auf „de.indymedia.org“ vom 27. Januar 2021 heißt es diesbezüglich: „markus [h.] hat mitgeschossen genau wie tausende von der afd und pegida. und dafür muss er sich verantworten. das zerstörte auto ist dazu nur ein kleiner

¹ „Freiheit für Lina! - Genossin in U-Haft - Solidaritätsdemo heute 06.11. (nicht 07.11.!) Herderpark, 20 Uhr, Leipzig Connewitz“, de.indymedia.org vom 06.11.2020.

beitrag.“ Die bereits erfolgte Verurteilung von Hartmann spielte für die Täter dabei keine Rolle.²

Diese Beispiele verdeutlichen, dass Angriffe auf den politischen Gegner innerhalb der linksextremistischen Szene mit einem gewalttätigen und umfassenden Antifaschismus-Verständnis legitimiert werden. Abstufungen in der Feinderklärung finden offenbar kaum statt. So scheint der Antifaschismus ein homogenes und in der Szene selbst kaum mehr hinterfragtes Feindbild zu generieren, durch das sich die Tonlage in der linksextremistischen Szene schrittweise verschärft. Gewalt gegen „Rechts“ wird als Akt der Gegenwehr und Moment der Selbstermächtigung verstanden, durch das sich Linksextremisten zu schwerwiegendsten Gewalttaten legitimiert sehen.

Weiterhin sind auch Polizeibeamte aus Sicht von Linksextremisten ein legitimes Angriffsziel, das gerade auch die Anwendung massiver physischer Gewalt mit einschließt. So wurden nach dem Ende der Besetzung des Objektes Ludwigstraße 71 („Luwi71“) im September 2020 in Leipzig Polizeikräfte mit Steinen und Pyrotechnik angegriffen sowie der Versuch unternommen, mit Laserpointern die Besatzung eines Polizeihubschraubers zu blenden. In den sozialen Medien wurden die Ereignisse als Riots und ebenfalls als Momente der Selbstermächtigung gefeiert, die der Szene einen Ausweg aus der Defensive weisen würden. Es sei gelungen, über einen längeren Zeitraum hinweg, Situationen des Kontrollverlusts für die Leipziger Polizei herbeizuführen.

Dies steht im Zusammenhang mit einer zunehmenden Enthemmung der Gewalt gegen Polizeibeamte vor allem in Leipzig, die sich im gesamten Jahr 2020 zeigte. Die Attacken gegen „Bullenschweine“ wurden in diversen Positionspapieren gerechtfertigt. Szeneangehörige schilderten darin auch, wie die Konfrontation mit der Polizei geübt sowie die Intensität der Gewalt langsam gesteigert wurde. In diesem Zusammenhang äußerten sich

² Markus H. wurde von dem Vorwurf der Beihilfe zum Mord an Walter Lübcke aus Mangel an Beweisen freigesprochen, jedoch aufgrund von illegalem Waffenbesitz zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Autoren bedauernd, dass „bei all den geworfenen Pflastersteinen Bullen (leider) in der Regel nur leicht verletzt werden“.³

Untypisch für das bisherige Vorgehen im gewaltorientierten Linksextremismus war im Berichtszeitraum die Veröffentlichung eines einschlägigen Tatvideos.

Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion und politisch motivierte Sachbeschädigung in Eisenach (TH)

Am 11. Januar 2021 brachten unbekannte Täter am Gebäude des Lokals „Bulls Eye“, einem Szeneobjekt des rechtenextremen Spektrums, ein Graffiti „FIGHT NAZIS EVERYDAY ♀“ mittels rotem Farbspray an und zündeten eine selbstgebaute Sprengvorrichtung. In der Folge wurde eine Fensterscheibe im Erdgeschoss des Objektes sowie die Heckscheibe eines davor geparkten Pkw beschädigt. Personen kamen bei der Tat nicht zu Schaden.

Zusätzlich zu dem in der Szene meist üblichen Bekennerschreiben wurde von den Tätern ein Videomitschnitt der Tatbegehung auf der Internetplattform „de.indymedia.org“ veröffentlicht.

4. Entwicklung der linksextremistischen Szene

Auf der qualitativen Ebene hat sich die Entwicklung des Vorjahres fortgesetzt. So gibt es in mehreren Bundesländern Hinweise, dass sich klandestine Kleingruppen innerhalb der gewaltorientierten linksextremistischen Szene herausbilden, eigene Tatserien begehen und sich aufgrund steigender Gewaltbereitschaft bei ihren Taten vom Rest der Szene abspalten.

4.1. Öffnung der Szene

Autonome und postautonome Gruppen versuchten im Rahmen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Bezug zur Corona-Pandemie nichtextremistische Akteure für die Proteste gegen die „Querdenken“-Bewegung zu mobilisieren. So werden einerseits die

³ Siehe bspw. „Wir hielten unser Wort – Warum wir die Bullen angreifen und wie es weiter geht nach der Linksunterdemo“, de.indymedia.org vom 14.02.2020 sowie „[Le] Wer Wind sät, wird Sturm ernten“, de.indymedia.org vom 07.09.2020.

Corona-Schutzmaßnahmen in einer radikalen Ausweitung für die eigene Agenda und als vermeintliche Bestätigung für einen repressiven Staat genutzt. Andererseits erklärt man die Gegner gerade dieser Maßnahmen im Kontext des „Antifaschismus“ zu politischen Feinden und bekämpft diese aktiv. So wurde anlässlich einer Sachbeschädigung auf ein Café in Halle (Saale), das vorwiegend von Kritikern der Corona-Maßnahmen genutzt wird, im Selbstbeziehungsschreiben ausgeführt: „Melange aus Verschwörungstheoretikern, Neonazis, Identitären und Friedensbewegten [...] mit allen Mitteln zu bekämpfen“.⁴ Über die Ablehnung und Bekämpfung von Corona-Leugnern wird so versucht, eine Anschlussfähigkeit an breitere zivilgesellschaftliche Schichten herzustellen. Gleichzeitig bekämpft die Szene weiterhin den als repressiv bezeichneten Staat und nutzt dabei auch die Corona-Beschränkungen als Begründung.

Die Öffnung der gewaltorientierten linksextremistischen Szene gegenüber anderen (subkulturellen) Spektren, wie beispielsweise der Kampfsportszene oder Ultragruppen, hat weiterhin Bestand.

4.2. Spaltung der Szene

In Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg und Leipzig gibt es weiterhin Hinweise auf eine Abschottung sich radikalisierender Gruppen der linksextremistischen gewaltorientierten Szene. Hier ist zu vermuten, dass schwere Straftaten ebenfalls von gleichbleibenden Personenkreisen, „harten Kernen“ der linksextremistischen Szene, begangen werden. Diese Personenkreise dürften durch enge Kennverhältnisse miteinander verbunden sein.

In Bayern begehen bislang unbekannte Linksextremisten seit mehreren Jahren schwere Sachbeschädigungen und Brandanschläge vorwiegend gegen Immobilienfirmen und Infrastruktureinrichtungen. Dies setzte sich auch im Jahr 2020 fort. Der Modus Operandi lässt auf eine einheitliche Täterschaft – gegebenenfalls eine Gruppierung – schließen. Das mehrjährige unentdeckte Agieren der Täter in Bayern lässt befürchten, dass sich die

⁴ „Halle/S.: Schwurble-Café angegriffen – Alle nach Leipzig am 07. November!“, de.indymedia.org vom 07.11.2020.

Gewaltintensität in qualitativer und quantitativer Sicht weiter steigern wird. Das anarchistische Wochenblatt „Zündlumpen“ begleitete auch die Anschläge im Jahr 2020 mit positiver Kommentierung und veröffentlichte erneut eine detaillierte Anleitung zu den verübten Sabotageakten.

In Berlin begehen die seit 2011 aktiven „Vulkangruppen“ weiterhin Brandanschläge. Zudem ist in der Szene zu beobachten, dass einschlägige Protagonisten sich mehr auf im geheimen geplante Aktionen verlegen. Dass das linksextremistische Personenpotential in der Hauptstadt sukzessive rückläufig ist, die politisch links motivierten Gewalttaten in der Tendenz jedoch steigen, spricht ebenfalls dafür, dass ein harter Kern deutlich mehr Gewalttaten begeht und somit wenige Personen für diesen Anstieg verantwortlich sind.

Zu einer Vielzahl von Brandstiftungen und Sachbeschädigungen kam es abermals in Bremen. Ende 2020 verübten unbekannte Täter ungefähr genauso viele Einzeltaten zum Nachteil von Wohnungs- und Immobilienunternehmen wie über alle Vormonate des Jahres 2020 verteilt. Auch die bereits seit Ende 2014 laufende Serie von Brandanschlägen, die sich aufgrund ihrer Qualität in Planung und Durchführung erheblich von anderen Taten unterscheidet, wurde mit einem Brandanschlag im Zeitraum der zweiten Fortschreibung fortgesetzt. Für die Serie an Brandanschlägen ist vermutlich ein eher überschaubarer Personenkreis verantwortlich, dessen Akteure ein enges Kennverhältnis und eine langjährige Szenezugehörigkeit verbinden.

Auch in Hamburg kam es im Jahr 2020 wieder zu zahlreichen Straftaten, die als weitere Belege für eine zunehmende Radikalisierung und Abschottung innerhalb der Szene gewertet werden können. So gab es beispielsweise mehrere Anschläge (meist Brandanschläge) auf Fahrzeuge von Privatpersonen und Firmen, oft Immobilien- und Baufirmen oder andere symbolträchtige Institutionen, die als Substitut für das verhasste politische System bzw. den „Kapitalismus“ und die damit verbundene „Gentrifizierung“ stehen. Auch

das in der Szene steigende Gefühl der „Repression“ (u.a. durch die Verhaftung und Verurteilung der „Drei von der Parkbank“) kann zu einer weiteren Radikalisierung einiger Gruppen führen.

Prägend für die Leipziger Szene sind weiterhin starke Abgrenzungsversuche von insbesondere anarchistisch geprägten Autonomen, die sich jeglicher Bündnispolitik oder Einbindung in eine politische Projektarbeit verweigern. Die Loslösung einzelner Personen von etablierten Strukturen der autonomen Szene birgt weiter die Gefahr, dass diese sich an keinerlei Absprachen mehr gebunden fühlen und kaum noch für Überlegungen wie z. B. zur Vermittelbarkeit von Positionen oder der Zielgerichtetheit von militanten Aktionen zu erreichen sind.

4.3. Vernetzung der Szene

Die hohe Mobilisierung- und Vernetzungskraft der gewaltorientierten linksextremistischen Szene wird weiterhin anlässlich verschiedener symbolträchtiger Ereignisse sichtbar.

So verdeutlicht der Urteilsspruch im Prozess gegen die „Drei von der Parkbank“ am 5. November 2020 in Hamburg, dass vermeintliche Repressionsmaßnahmen des Staates weiterhin geeignet sind, die linksextremistische Szene für Proteste bzw. Resonanzstraf-taten zu mobilisieren. Rund um den Abschluss der Gerichtsverhandlung verübten Linksextremisten in verschiedenen Städten im gesamten Bundesgebiet entsprechende Straftaten. Am Tag der Urteilsverkündung setzten Linksextremisten beispielsweise in Schönebeck (Elbe, ST) den Firmenwagen des Brandgutachters aus dem Prozess in Brand. Der oder die Täter solidarisierte(n) sich in einem dazu veröffentlichten Selbstbeziehungsschreiben mit den drei Angeklagten: „[W]ir senden Euch mit einer Aktion [...] solidarische Grüße in den Gerichtssaal und hinter die Knastmauern. [...] nach einem monatelangen Prozess sollt ihr heute verurteilt werden. Wir wollen euch sagen, dass uns eure

Nicht-Kooperation und euer Schweigen gegenüber den Repressionsbehörden viel bedeutet.“⁵

Die Vernetzung der gewaltorientierten linksextremistischen Szene – national wie international – zeigt sich wiederholt insbesondere bei der „Verteidigung“ von bekannten Szenobjekten. Besonders das Urteil des Landgerichts Berlin im Juli 2020, das einer Räumungsklage für das „anarcha-queer-feministische Hausprojekt“ „Liebig 34“ stattgegeben hatte, und die Durchsuchungen in der „Rigaer 94“ im Juli 2020 führten dazu, dass die autonome Hausbesetzerszene Berlins ihre „Freiräume“ akut bedroht sieht. Entsprechend fiel die Reaktion auf die endgültig für den 9. Oktober 2020 angekündigte Räumung der „Liebig 34“ aus.

Bereits im Vorfeld drohte die Szene für den Fall einen Sachschaden von 34 Millionen Euro an, konnte ihre Ankündigung massiven Widerstands und Sachschadens aber nicht im vollen Umfang in die Praxis umsetzen. Allerdings wurde bereits am 5. Oktober ein Brandanschlag auf Kabelschächte der Berliner S-Bahn verübt, der weitreichenden Beeinträchtigungen für den öffentlichen Nahverkehr zur Folge hatte. Begleitend und im Nachgang zur Räumung kam es dann zu einer Vielzahl von Sachbeschädigungen und bei Spontandemonstrationen zu Stein- und Flaschenwürfen auf Polizeibeamte. Auch wurde im Nachgang der Räumung der Liebigstraße 34 ein Brandanschlag auf das ehemalige Szenobjekt selbst verübt.

Die Erstellung von Aufrufen oder Selbstbezeichnungen der linksextremistischen Szene in zwei oder mehreren Sprachen – ist ebenfalls als Beleg für die Existenz von bzw. das Streben nach intensivierter internationaler Vernetzung zu sehen

Ein weiterhin beständiges Vernetzungspotential weist der linksextremistische Kampfsportbereich auf. Bei überregionalen und internationalen Turnieren und Seminaren kön-

⁵ „Brandgutachters Auto brennt in Schönebeck – Solidarität mit den Drei von der Parkbank, de.indymedia.org vom 05.11.2020.

nen Kampfsportler und Trainingsstrukturen sich annähern und vernetzen. Corona-bedingt befindet sich das Trainings- und Turniergeschehen zurzeit in einer Zwangspause. Es ist davon auszugehen, dass nach Bewältigung der Pandemie die Aktivitäten und Vernetzungen im Kampfsportbereich weiter zunehmen werden.

Besonders im Vorlauf zu Landtagswahlen und der anstehenden Bundestagswahl gibt es Anhaltspunkte für intensive Vernetzungsbestrebungen durch die gewaltorientierte linksextremistische Szene. So wird bspw. in Baden-Württemberg die Kampagne „antifascist action! – Gegen rechte Krisenlösungen“ von allen relevanten gewaltorientierten Gruppierungen unterstützt. Sie zielte auf die im März durchgeführten Landtagswahlen sowie die Bundestagswahl im Herbst ab und fokussierte sich primär gegen die AfD. Auffällig war hier vor allem die Vielzahl der Delikte, die von Stör- und Abschirmaktionen über Sabotage und Sachbeschädigungen bis hin zu körperlichen Attacken reichte. So zerstörten gewaltorientierte Linksextremisten aus Stuttgart sowie dem Rems-Murr-Kreis am 20. Februar 2021 einen Infostand der AfD in Schorndorf und griffen den Landtagskandidaten Stephan Schwarz gezielt körperlich an. Es ist davon auszugehen, dass – im zeitlichen Kontext zur im Herbst 2021 bevorstehenden Bundestagswahl – Aktionen gegen Funktionäre, Mitglieder und Wahlhelfer weiter in den Fokus der linksextremistischen Szene rücken.

5. Weitere Entwicklung des gewaltorientierten Linksextremismus

Vor dem Hintergrund der qualitativen Veränderungen auf der Ebene der Taten und der linksextremistischen Szene besteht weiterhin ein hohes Gefährdungspotential durch gewaltbereite Linksextremisten in Deutschland. Besonders die eskalierende Gesamtsituation in Berlin, Hamburg und Leipzig gibt fortlaufend Anlass zur Sorge. Auch vor dem Hintergrund der Radikalisierung einzelner Kleingruppen der Szene in anderen Bundesländern – insbesondere im „Kampf um autonome Freiräume“ und gegen die städtebauliche Umstrukturierung sowie im „antifaschistischen Kampf“ gegen den politischen Gegner und

vor allem gegen (vermeintliche) Rechtsextremisten – erscheint im schlimmsten Fall auch eine Entwicklung hin zu terroristischen Strukturen weiterhin möglich.

Bei der Beurteilung des Risikos der Herausbildung terroristischer Strukturen des Linksextremismus in Deutschland müssen jedoch weiterhin auch andere Faktoren einbezogen werden. Beispielsweise unterscheiden sich die Tatmittel gewaltorientierter Linksextremisten noch immer von denen in anderen Phänomenbereichen, in denen terroristische Strukturen bereits existieren. Durch Gewalteinwirkung wird zwar erheblicher körperlicher Schaden oder auch der Tod der Opfer billigend in Kauf genommen. Der Einsatz von Schusswaffen oder Sprengsätzen, die zum gezielten Tod der Opfer führen, ist derzeit jedoch nicht bekannt. Zudem gibt es weiterhin keine Hinweise auf Kleingruppen, bei denen die Absicht erkennbar ist, unterzutauchen und gezielte terroristische Angriffe zu planen.

6. Fazit und Ausblick

Wie schon 2019 ist auch der Zeitraum bis Ende Februar 2021 geprägt von einer Vielzahl schwerer, linksextremistisch motivierter Gewaltvorfälle. Regelmäßige direkte oder indirekte Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit von Menschen und hohe Schadenssummen belegen die anhaltenden Radikalisierungstendenzen in der linksextremistischen Szene. Gewaltspiralen und abgeschottete Kleingruppen sind an mehreren Orten zu beobachten und im schlimmsten Fall erscheint die Herausbildung terroristischer Strukturen nicht mehr nur in den Schwerpunktregionen möglich.

Obwohl das vergangene Jahr größtenteils vom Ausbruch der Corona-Pandemie und den damit seit Ende März 2020 einhergehenden Einschränkungen betroffen war, sprechen fünf versuchte Tötungsdelikte eine deutliche Sprache. Linksextremistische Taten werden gewalttätiger und persönlicher. Sie werden professioneller durchgeführt. Mit zunehmender Häufigkeit werden scheinbare „rote Linien“, die sich aus den Grenzen der Vermittelbarkeit von Gewalt ergeben, überschritten. Vor diesem Hintergrund ist auch der Schritt

zur Tötung eines politischen Gegners – beabsichtigt oder lediglich als in Kauf genommene Nebenfolge – nicht mehr völlig undenkbar.

Die Analyse in der nunmehr zweiten Fortschreibung belegt den sich schon seit dem G20-Gipfel 2017 abzeichnenden und nunmehr verstetigten Trend der Radikalisierung der linksextremistischen Szene: So sehen die Verfassungsschutzbehörden überwiegend ein hohes Radikalisierungsniveau oder eine zunehmende Radikalisierung in ihrem Zuständigkeitsbereich.